Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Girs-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 3 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 227 || **Mittwoch, den 28. September 1927** || **79. Jahrgang**

Die Geschäftszeit der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes ist vom 3. Oktober 1927 ab festgesetzt worden:

Montags bis Freitags von **8—1/2 1 Uhr** und **2—6 Uhr,**
Sonnabends von **8—1/2 2 Uhr**

Für den Publikumverkehr ist eine Sprech- und Kassenzeit von 8—1/2 1 Uhr, Sonnabends von 8—12 Uhr festgesetzt worden.

Die Amtshauptmannschaft und der Bezirksverband Kamenz,
am 23. September 1927

Aufwertungs- (Mietzins-)steuer

Die Aufwertungssteuer für Monat **Oktober** wird am **5. Oktober ds. Js.** fällig. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung alsbald an unser Stadtsteueramt abzuführen.

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich.

Weiter weisen wir daraufhin,

1.) daß der Steuersatz der Aufwertungssteuer von bisher 45 v. H. des Nutzungswerts mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. ab auf 51 v. H. des Nutzungswerts erhöht worden ist;

2.) daß ein Steuerbescheid nicht erteilt wird, die Steuerschuldner vielmehr auf Grund des ihnen bekanntgegebenen Nutzungswerts ihrer Gebäude den monatlichen Steuerbetrag selbst zu berechnen und, auf volle 10 Reichspfennig nach unten abgerundet, an die Hebestelle abzuführen haben;

3.) daß die allgemeine Erhöhung des Steuersatzes um 6 v. H. des Nutzungswerts mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js, ab auch die Steuerpflichtigen trifft, denen eine Ermäßigung der Steuer nach § 15 des Aufwertungssteuergesetzes bewilligt worden ist;

4.) daß sich der Steuersatz für die Steuerpflichtigen, denen eine Ermäßigung der Steuer nach §§ 16 und 17 des Aufwertungssteuergesetzes bewilligt worden ist, weil ihr Grundstück am 31. Dezember 1918 nicht oder mit nicht mehr als 50 v. H seines Friedenswerts belastet war, um 2 v. H. des Nutzungswerts erhöht;

5.) daß sich die monatliche Mehrleistung an Steuer gegenüber dem Rechnungsjahre 1926 in den Fällen unter Ziffer 3 vom 1. n. Mts. ab nach $\frac{11}{1200}$ des Nutzungswerts, in den Fällen unter Ziffer 4 nach $\frac{4}{1200}$ des Nutzungswerts berechnet.

Pulsnitz, am 28. September 1927. **Der Stadtrat.**

Viehmarkt in Kamenz

Neben dem wöchentlich, an jedem **Donnerstag** stattfinden Ferkelmarkt findet in Zukunft, **regelmäßig jeden 3. Donnerstag im Monat,** in **Kamenz** auf dem **Bönischplatze** wieder

Viehmarkt (Rinder, Pferde)

statt.

Der erste Viehmarkt wird am **20. Oktober d. J.** abgehalten.

Kamenz, am 24. September 1927. **Der Rat zu Kamenz**

Das Wichtigste

Gestern wurde in Paris der vierte internationale Kongreß für Geistesarbeiter eröffnet.

Nach Meldungen aus Belgrad wurde in der Grenzstadt Koschane ein Bombenanschlag auf das Offizierskasino verübt, der jedoch mißlang, da die Bomben nicht explodierten. Die Polizei will festgestellt haben, daß die Sprengkörper bulgarischen Ursprungs sind. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Barcelona ist der britische Außenminister Chamberlain auf seiner Mittelmeerreise dort eingetroffen. Nach Zeitungsmeldungen hat der Minister die Nachricht einer bevorstehenden Unterredung zwischen ihm und Mussolini in Abrede gestellt.

Einer Meldung der Berliner Morgenblätter zufolge, sind seit Sonntag in Hohenmölsen und einigen Nachbarorten über hundert Personen an Fleischvergiftungserscheinungen erkrankt. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet. Bis jetzt ist ein Todesfall zu verzeichnen.

Der „Vorwärts" druckt einen Aufruf des Büros der sozialistischen Arbeiterinternationale an die Arbeiter Litauens ab, in dem die Unterdrückung der litauischen Organisation durch die Regierung festgestellt und die litauische Arbeiterschaft zum Aushalten in dem Kampf gegen den litauischen Faschismus aufgefordert wird.

Infolge der Hochwasserkatastrophe rechnen die österreichischen Bahnen bei der schwer mitgenommenen Arlbergbahn mit einer zweimonatigen Verkehrsunterbrechung. Es wird die Umleitung der Arlbergbahn über Laterach—Bregenz erwogen.

Der Reichskanzler hat gestern morgen die japanischen Reichstagsabgeordneten, die an der interparlamentarischen Union in Paris teilgenommen hatten, empfangen.

Aus gut unterrichteten Genfer Völkerbundskreisen verlautet, Großbritannien werde gegen Ende des Jahres den Vereinigten Staaten einen Schiedsgericht- und ewigen Friedenspakt zwischen beiden Ländern vorschlagen, ähnlich dem, wie er von Frankreich in Vorschlag gebracht wurde.

Poincaree hielt eine Hetzrede gegen Deutschland.

Örtliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Zauberkünstler.) Morgen Donnerstag, den 29. September, veranstaltet der berühmte Altmeister der Zauberkunst Pomröno Belachini im Schützenhaus eine seiner vielbewunderten Zauber-Soireen, worauf an dieser Stelle auch noch besonders hingewiesen sei, Wer einen genußreichen Abend verleben will, versäume nicht die zum Teil völlig neuen Zauberkünste sich anzusehen.

Pulsnitz M. S. (Goldenes Ehejubiläum.) Am 23. September durften der Gutsauszügler Karl August Wähner in Vollung und dessen Gattin Emilie Wilhelmine geb. Hübner das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Mit Rücksicht darauf, daß der Gesundheitszustand des Jubelpaares nicht der beste ist, fand die Einsegnung im Hause statt und zwar erst am Sonntag, damit alle Kinder und Kindeskinder und sonstige Verwandte mitfeiern konnten. Herr Pfarrer Schulze, der am Ehrentage selbst den beiden lieben Alten das heilige Abendmahl gereicht hatte, segnete sie ein, seine Rede auf die Tageslosung Psalm 39,13 gründend, dem Jubelpaare eine Glückwunschurkunde der obersten Kirchenbehörde und eine Ehrenbibel als Gabe der Kirchgemeinde überreichend.

Stresemann gegen das polnische Munitionslager in Danzig

Schlußsitzung der Genfer Vollversammlung — Keine Kriegsschuldhetze ohne Poincaree — Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Genf. In der Dienstag-Sitzung des Völkerbundrates wurde als erster Gegenstand die Angelegenheit des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte behandelt. Den Bericht erstattete Villegas, der zu dem Schluß kam, die von dem Oberkommissär in Danzig getroffenen Vereinbarungen in dieser Frage zu bestätigen. Senatspräsident Sahm wies auf die unhaltbare und gefährliche Lage des polnischen Munitionslagers bei Danzig hin, wobei er besonders die juristischen Momente hervorhob, um zu beweisen, daß die gegenwärtige Lage auf der Westerplatte auch juristisch unhaltbar sei.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wies ebenfalls auf die Unhaltbarkeit der Lage hin. Er hob besonders die Unerträglichkeit hervor, daß auf einem Gebiet, das der Freien Stadt Danzig angehört, eine fremde Macht ein Munitionslager errichtet, wodurch

die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet

wird. Dr. Stresemann stellte den Antrag, die Frage bis zur nächsten Sitzung des Rates im Dezember zu vertagen, um die juristisch noch unklaren Momente aufzuklären, indem sich der Berichterstatter Villegas noch zwei Juristen auswählt.

Der polnische Oberkommissar in Danzig, Straßburger, und der Oberkommissar des Völkerbundes, van Hamel, widersetzten sich diesem Antrage. Dr. Stresemann erklärte in seiner Rede noch u. a., daß, wenn die juristischen Momente nicht aufgeklärt würden, er dem Bericht nicht zustimmen könne. Schließlich beschloß der Rat im Sinne des Antrages des deutschen Außenministers.

Schlußsitzung der Genfer Vollversammung.

Genf. Nachdem der letzte Gegenstand, die Kodifizierung des Völkerbundrechts, erledigt war, schloß der Präsident der Vollversammlung die gegenwärtige Session des Völkerbundes mit einer langen Rede. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand der Hinweis auf die große Bedeutung der angenommenen Resolution in der Abrüstungsfrage für den weiteren Gang der Abrüstungsverhandlungen. Ferner wies der Präsident auf die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz hin. Ein großer Teil der Rede wurde dem Schiedsgerichtsgedanken gewidmet, der seiner Ansicht nach während dieser Verhandlung und durch die Beratungen dieser Versammlung einen großen Schritt vorwärts gekommen ist.

Keine Kriegsschuldhetze ohne Poincaré.

Neue Hetzrede des französischen Ministerpräsidenten.

Paris. Die Meinung, Poincaré hätte diesmal darauf verzichtet, den Sonntag durch eine seiner üblichen Hetzreden bei einer Denkmalsenthüllung zu weihen, hat sich als optimistisch erwiesen. Zwar ließ Poincaré den Sonntag vorübergehen und beauftragte seinen Justizminister Barthou mit der fälligen Hetzrede, aber er reservierte sich den Montag, um sein Versäumnis nachzuholen.

Anläßlich seiner Wiederwahl zum Präsidenten des Generalrates des Departements Meuse hielt Poincaré eine Rede, in der er seine früheren Behauptungen über eine

grausame Kriegsführung der deutschen Armee

aufrechterhielt and bekräftigte. Bei der Gelegenheit fand der Ministerpräsident schöne Worte zur Umschmeichelung der Bevölkerung Lothringens und erklärte ihr, daß sie dem Angriff Deutschlands unmittelbar ausgesetzt sei. Infolge der Nähe der Grenze werde Lothringen ständig an die Gefahr eines Angriffes erinnert. Frankreich müsse in der Lage sein, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, und fordere deshalb eine starke Armee.

Als der Krieg Frankreich aufgezwungen wurde, hätten die Franzosen von ganzem Herzen den Sieg erwünscht, nicht nur um den Feind zurückzuschlagen, sondern auch um die Vollständigkeit des französischen Gebietes wiederherzustellen und für Frankreich die volle Sicherheit zu erreichen. Die Darstellung von einem Einmarsch, der in keiner Weise gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sei, müsse als eine Legende abgelehnt werden. Es seien viel zu viel Greise und Frauen in den ersten Wochen des Krieges in den besetzten Gemeinden getötet worden; zu vielen seien die Häuser eingeäschert worden. Die Franzosen wollten diese Ereignisse wohl vergessen, sie könnten aber nicht zulassen, daß darüber eine lügnerische Darstellung verbreitet werde.

Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

Am 27. Oktober Vorschußzahlung für Oktober und November.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen befaßte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit der Frage der Gewährung von Vorschüssen auf die zu erwartende Erhöhung der Militärrenten. Der Ausschuß beschloß, auch den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Vorschüsse zu zahlen. Zur Vermeidung von technischen Schwierigkeiten soll jedoch hier die Regelung in der Weise erfolgen, daß die Vorschüsse für die Monate Oktober und November gleichzeitig, und zwar zusammen mit der Rente für November, gezahlt werden. Als Zahltag wird in diesem Fall voraussichtlich der 27. Oktober — die Zahlung erfolgt also einige Tage früher als sonst — in Frage kommen. Der Vorschuß selbst beträgt

bei den Beschädigten monatlich etwa 25 v. H. der bisherigen Rente.

Infolgedessen erhalten die Beschädigten Ende Oktober zu ihren gesetzlichen Rentenbezügen nicht wie bisher eine